Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Boten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 204 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 2. September 1930

Der osteuropäische Agrarblock.

Im Sturm und Drang der begonnenen Wahlkämpfe ist in der deutschen Öffentlichkeit eine politische Zusammenkunft vielleicht nicht in dem Maße beachtet worden, wie sie es verdiente. Die Agrarkonferenz einer Anzahl osteuropäischer, zum Teil erst nach dem Kriege entstandener Staaten tagte mehrere Tage in Warschau und beriet darüber, wie für die Folgen der in Europa, ja in der Welt sich bemerkbar machenden Landwirtschaftskrise Milderung und Abhilfe in ihrem engeren Bereich zu finden sei. Auf der Konferenz, die soeben geschlossen wurde, fanden sich zusammen unter der Führung Polens die Vertreter der Tschechoslowakei, Südslawiens, Rumäniens, Bulgariens, Ungarns, Lettlands und Estlands. Vorberatungen in diesem Kreise hatten sich schon früher bei den Wirtschaftsberatungen in Genf abgespielt, wo aber noch Dänemark, Griechenland, Finnland und Litauen erschienen waren. Dänemark, Griechenland und Finnland fehlten diesmal, Litauen hatte mit deutlicher Spitze gegen die polnische außenpolitische Haltung abgesagt.

In Warschau sollte das Siegel unter die geplante Gemeinschaft gedrückt werden, und das ist auch in gewissem Maße geschehen. Man verständigte sich über die zu schaffende Organisation, über eine „Entente cordiale économique“, eine Gesellschaft zur Verbesserung der Ein- und Ausfuhrbedingungen der angeschlossenen Länder. Im einzelnen wurde eine Verständigung erzielt zur Regelung der von den Regierungen festzusetzenden Mengen bei der gegenseitigen Bevorzugung der Agrarausfuhr über die zollmäßige Meistbegünstigung hinaus. Eine Zentralstelle soll ins Leben treten, die die Beobachtung der verkündeten Grundsätze überwacht, garantiert und die Abschaffung aller Ausfuhrprämien betreibt. Innerhalb der Konvention werden gemeinsame Richtlinien für übereinstimmende Behandlung der Viehausfuhr in bezug auf die Gesundheitsvorschriften angestrebt, eine noch im November d. J. einzuberufende Kommission soll Erleichterung des landwirtschaftlichen Zwischenkredits in Osteuropa bezwecken. Sicher keine kleinen Ziele, die in Warschau aufgerichtet wurden und die man auch in Genf demnächst mit allem Eifer zu verteidigen gedenkt. Vom Völkerbund wird Beihilfe erwartet. Der polnische Landwirtschaftsminister Janta-Polczynski betonte in seinen Schlußworten deutlich, nunmehr sei der erste Schritt geschehen zur Errichtung eines osteuropäischen Staatenbundes, und Rumäniens Handelsminister fand es für richtig, wenn sich die Staaten auf diesem Felde zusammenschlössen, um ihre Wirtschaft, vor allen Dingen die landwirtschaftliche Existenz, weitgehend zu sichern, selbst wenn auch in politischer Hinsicht noch abweichende Gesichtspunkte dann und wann hervorzutreten die Neigung hätten.

Selbstverständlich meinten die polnischen leitenden Männer Warschaus, nichts läge Polen ferner, als etwa eine Art Oberherrschaft ins Auge gefaßt zu haben; selbstverständlich sei es ausgeschlossen, auch nur an den Versuch eines Vorstoßes gegen das benachbarte, an dem Schutz seiner Landwirtschaft wie an der Ausfuhrmöglichkeit seiner Industrie in gleicher Weise interessierte Deutschland zu denken. Wenn dabei aber hervorgehoben wurde, der Kampf wider Schutzzölle sei eine Unerläßlichkeit für den neuen Bund, so gibt das doch zu denken angesichts der jüngsten Entwicklung und der deutschen Anstrengungen, die heimische Landwirtschaft wieder auf festere Füße zu stellen. Die Zusammenballung dieser zwischen Rußland und Deutschland liegenden Staatengruppe läßt sich schwerlich anders verstehen als als Werbung für die Idee, einerseits dem russischen Bestreben, die Valuta durch Massenausfuhr agrarischer Produkte zu stärken, Abbruch zu tun und andererseits dem überlegenen deutschen Industriemarkt die Wege zu versperren mit dem Mittel, den landwirtschaftlichen Schutzmaßnahmen Deutschlands ein Paroli zu bieten. Es braucht in diesem Zusammenhang nicht ausgeführt zu werden, welche Schlußfolgerungen sich aufdrängen mußten, als die Zuhörer in begeisterten Zuruf ausbrachen, wenn der rumänische Handelsminister das Hinaufsetzen der agrarischen Zölle im allgemeinen bekämpfte, dabei aber das Wort „Schutzzölle“ in deutscher Sprache von sich gab.

Der Tschechoslowakei, deren innere industrielle Wirtschaftsbewertung vielleicht der landwirtschaftlichen gleichzubringen ist, wurden Ausnahmeparagraphen beim formellen Abschluß des projektierten Vertrages zugesagt. Also wieder der Seitenblick auf den deutschen Wettbewerber. Antideutsch waren nach polnischer Versicherung der Sinn der Konferenz und ihre Beschlüsse keineswegs, aber Deutschland hat alle Veranlassung, auch in nächster Woche in Genf, diesem osteuropäischen Agrarblock mit industriellen Einschlägen seine Aufmerksamkeit zu schenken. Wer sich vor Schaden behüten will, muß rechtzeitig Vorsorge treffen.

Eine chinesische Nordregierung gebildet

Schanghai, 2. September. Wie aus Peking gemeldet wird, hat der Zentralexekutivausschuß der Nordprovinzen im Hauptquartier des Generals Jensischan eine chinesische Nordregierung unter Führung Jensischans gebildet. Der Regierung gehört neben sechs weiteren Mitgliedern auch General Feng an.

Blutige Krawalle in Budapest

Tote und Verwundete

Zu schweren Ausschreitungen und blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten ist es anläßlich der von den Sozialdemokraten trotz Verbots veranstalteten Massendemonstration in Budapest gekommen. Die Demonstranten waren vielfach durch aufreizende Rufe aufgehetzt worden. In der Tabakgasse wurde bei einem Zusammenstoß mit der Polizei ein Mann schwer verletzt. In der Andrassystraße bewarfen die Demonstranten die Häuser und vorbeifahrende Autos mit Steinen. Die Polizei griff sofort ein, wobei mehrere Demonstranten verletzt wurden. Inzwischen nahm die Demonstration immer schärfere Formen an. Rufe wie „Arbeit und Brot“, „Nieder mit der Bourgeoisie!“ ertönten. Einer Gruppe von Demonstranten gelang es, in eine Villa einzudringen, wo sie zu plündern begannen. In einer anderen Gasse überfielen die Demonstranten einen Krankenwagen und schlugen die Fensterscheiben der Läden ein. Die ihnen entgegenkommde berittene Polizei wurde mit offenen Taschenmessern empfangen. Auf Wunsch der Polizei wurde Militär bereitgestellt, das an besonders gefährdeten Straßenpunkten mit Panzerautos erschien und die Demonstranten zunächst zerstreute.

Auf einer Promenade wurden die Bänke zertrümmert und die Arbeiter gingen mit Latten auf die Polizei los. Man schätzt die Zahl der Demonstrierenden, die von der Polizei mit einem großen Kordon umgeben werden, auf etwa 150 000. Zahlreiche Personen wurden bereits verhaftet.

Als die Menge am Ende der Andrassystraße beim Landwirtschaftsmuseum Straßenbahnen und Autobusse umstürzte, machte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch. Gegen 2 Uhr nachmittags wurden offiziell ein Toter und drei Verwundete gemeldet. Private Meldungen sprechen jedoch bereits von fünf Toten und einer großen Anzahl von Verwundeten. Die Sanitätsorten in der Umgebung des Stadtwäldchens, dem gefährlichsten Punkt der Zusammenstöße, sind überfüllt. Offensichtlich nimmt das kommunistische Element überhand, was daraus hervorgeht, daß der Führer der Sozialdemokraten, Ernst Garami, so schwer mißhandelt wurde, daß er in ein Spital gebracht werden mußte. Unausgesetzt zieht Militär mit Maschinengewehren an die gefährlichsten Stellen. Das Polizeigebäude wird in erhöhtem Maße bewacht, ebenso die Redaktionen der rechtsstehenden Blätter, da man einen Ansturm befürchtet.

Ruhe in Budapest wieder hergestellt.

Spuren der Straßenkämpfe. — 60 Schwerverletzte.

Um 16 Uhr war die Ruhe in den meisten Teilen der Stadt wieder hergestellt, doch weisen verschiedene Straßen noch zahlreiche Spuren der Kundgebung auf. In der Szondi-Gasse liegen zahlreiche zerbrochene Säbel. Die Fensterscheiben des Museums für schöne Künste, der türkischen Gesandtschaft, vieler Villen in der Andrassy-Straße sowie mehrerer Häuser in der Podmanicki-Gasse und einiger Kaffeehäuser wurden zertrümmert. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt schätzungsweise etwa 60. Mehrere von ihnen sind lebensgefährlich verletzt. Unter den Demonstranten befanden sich viele Frauen, die die Menge aufhetzten.

Während in Budapest nunmehr völlige Ruhe herrscht, kam es in der Stadt Bekescsaba am Nachmittag zu mehreren Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten. Eine große Menschenmenge verlangte stürmisch die Freilassung eines am Vormittag verhafteten Genossen, wurde aber von der Polizei mit der blanken Waffe auseinandergetrieben. Dabei wurden drei Arbeiter verletzt. Später wurden die Straßen der Stadt von einer Maschinengewehrabteilung völlig gesäubert, so daß die Ruhe auch dort wieder hergestellt ist.

24 Reichswahlvorschläge.

Der Kampf um die Gunst des Wählers.

Nach Ablauf der Frist für die Einreichung der Reichswahlvorschläge hat der Reichswahlausschuß, der Montag unter dem Vorsitz des stellvertretenden Reichswahlleiters tagte, die Reichswahlvorschläge folgender 24 Parteien für zugelassen erklärt:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
2. Deutschnationale Volkspartei,
3. Deutsche Zentrumspartei,
4. Kommunistische Partei Deutschlands,
5. Deutsche Volkspartei,
6. Deutsche Staatspartei (Deutsche Demokratische Partei, Volksnationale Reichsvereinigung und verwandte Gruppen),
7. Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei),
8. Bayerische Volkspartei,
9. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung),
10. Deutsches Landvolk (Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei),
11. Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung und Christlichsoziale Reichspartei),
12. Deutsche Bauernpartei,
13. Landbund,
17. Christlichsozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung),
18. Freibund des Handwerks, Kleinhandels und Gewerbes (Reichsbund des Deutschen Mittelstandes),
19. Nationale Minderheiten Deutschlands,
20. Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft,
21. Partei gegen den Alkohol,
22. Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenpartei der Deutschen Mannschaft einschließlich der Abgefundenen,
23. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
24. Haus- und Grundbesitzer,
25. Arbeiterpartei für das arbeitende und schaffende Volk,
26. Mieter- und Volksreichspartei,
27. Handel, Handwerk, Hausbesitz.

Die vom Reichsinnenminister unter den Nummern 14, 15 und 16 vorgesehenen Reichswahlvorschläge fallen aus, da die betreffenden Parteien (Deutsch-Hannoversche Partei, Sächsisches Landvolk und Konservative Volkspartei) anderen Reichswahlvorschlägen angeschlossen sind.

Sechs Reichswahlvorschläge mußten vom Reichswahlausschuß zurückgewiesen werden. Die Parteien „Recht werde Macht“, „Kleinbesitzer, Handwerker, Mittelbesitzer“, „Zurückgedrängter Mittelstand und Invaliden“ und „Volksbund deutscher Arbeit“ hatten nur Reichswahlvorschläge, aber keinen Kreiswahlvorschlag eingereicht. Eine sogenannte „Menschheitspartei“, die ebenfalls einen Reichswahlvorschlag eingereicht hatte, mußte zurückgewiesen werden, da Mängel in der Liste der Unterschriften für einen Kreiswahlvorschlag festgestellt worden waren. Die „Radikale Deutsche Staatspartei“, die einen Kreiswahlvorschlag im Wahlkreis Köln-Aachen eingereicht hatte, konnte für den Reichswahlvorschlag gleichfalls nicht zugelassen werden, da der Kreiswahlvorschlag zum Teil ungültige Unterschriften aufwies.

Die Grenzhilfe im Osten.

Zunächst werden nur zehn Millionen Mark ausgeschüttet.

Wie für den Westen wird mit Etatsmitteln des Reiches und Preußens auch für den Osten die angekündigte Hilfsaktion unternommen. Durch die Grenzhilfe werden Aufgaben, die sich in den Grenzgebieten als dringlich erwiesen haben, gefördert werden. Dabei sind gleichmäßig

wirtschaftliche, kulturelle und soziale Bedürfnisse

berücksichtigt worden. Jedoch kann sich die Grenzhilfe räumlich bekanntlich nur auf diejenigen Gebiete erstrecken, in denen sich die Wirkungen der Grenzverhältnisse, der Verkehrsabschnürung und des Verlustes früherer Absatzmärkte unmittelbar bemerkbar gemacht haben, also Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Oberschlesien, die an der Ostgrenze gelegenen Teile der Provinz Niederschlesien sowie die Regierungsbezirke Köslin und Frankfurt a. d. O. Ferner wird Preußen auch noch weitere Teile der Provinz Niederschlesien und die Grenzkreise des Regierungsbezirks Schleswig bedenken. Für die Zwecke dieser Hilfsaktion steht aus Etatsmitteln des Reiches ein Betrag von 8,3 Millionen Mark und aus Etatsmitteln Preußens ein Betrag von 10 Millionen Mark zur Verfügung. Davon sollen jedoch zunächst nur rund 10 Millionen Mark zur Ausschüttung gelangen. Der Rest bleibt

zur Verhütung des Zusammenbruches notleidender Kommunen

und für unvorhergesehene Fälle, die sich etwa während des Herbstes und des kommenden Winters noch ereignen können, einstweilen zurückgehalten. Für Wege- und Brückenbauten werden etwa 4,2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Kleinbahnbauten und Verbesserungen bestehender Kleinbahnen sollen mit etwa 1,3 Millionen Mark unterstützt werden. Für Kanalisationen und Wasserleitungen ist rund eine Million Mark vorgesehen. Für Krankenhausneubauten und -umbauten, für Errichtung von Säuglingsheimen, Altersheimen, Kinderkrippen und Wohlfahrtshäusern werden etwa zwei Millionen Mark aufgewendet. Auf Schulbauten entfallen rund 900 000 Mark. Außerdem sollen durch Hergabe von insgesamt 600 000 Mark noch Verkehrsunternehmungen, Büchereien und sonstige kulturelle Zwecke gefördert werden. Dieser Verteilungsplan ist in enger Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Reichs- und preußischen Ressorts auf Grund der Vorschläge aufgestellt worden, welche die örtlichen Stellen über die Oberpräsidenten der Grenzprovinzen gemacht haben. Die erforderlichen Anweisungen sind bereits ergangen.

Mit den geplanten Arbeiten soll sofort begonnen werden,

da die bereitgestellten Mittel schon in den nächsten Tagen angefordert werden dürfen. Vor allem sollen diejenigen Arbeiten mit besonderer Beschleunigung in Angriff genommen werden, bei denen eine größere Zahl Erwerbsloser beschäftigt werden kann. Auch das im Grenzgebiet heimische Handwerk und die Industrie der Grenzprovinzen werden durch die Osthilfe alsbald Aufträge und Verdienstmöglichkeiten erhalten.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF